



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

**Änderungsantrag der nachfolgenden Mitglieder der Projektgruppe 3 zu
Unterkapitel 7.1.3 im Berichtsentwurf der Projektgruppe 3 (Kom-Drs.
17(26)91, Seite 12)**

Prof. Dr. Ulrich Brand, Dietmar Hexel, Ulla Lötzer, Michael Müller, Dr. Hermann Ott, Prof. Dr. Uwe
Schneidewind, Waltraud Wolff

13 Sozial-ökologische Transformation

14 In Abschnitt 7.1.3. wurde darauf hingewiesen, dass es unterschiedliche Bewertungen der Ursachen
15 und Triebkräfte der Naturzerstörung gibt, so dass es auch unterschiedliche Strategien gibt, den
16 anstehenden Herausforderungen zu begegnen: (1) öko-autoritäre und (2) umweltökonomische
17 Strategien sowie (3) jene einer sozial-ökologischen Transformation. Diese Auflistung könnte noch
18 ergänzt werden um das, was in der Literatur unter dem Begriff „öko-imperiale Strategien“ diskutiert
19 wird¹. Diese sind zuvorderst daran ausgerichtet, über autoritär-hierarchische Formen der Politiken den
20 Zufluss der Ressourcen in wichtige Industrie- und zunehmend auch Schwellenländer zu sichern und
21 negative ökologische Konsequenzen - etwa des Klimawandels, der abnehmenden Produktivität von
22 Böden oder des Verlusts biologischer Vielfalt – in andere Weltregionen oder hin zu schwächeren
23 Bevölkerungsgruppen – zu externalisieren.

24 Im Ergebnis spricht sich die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität für eine
25 sozial-ökologische Transformation im Sinne einer breiten und pluralen Umbauperspektive aus. Es geht
26 um einen „Pfadwechsel für einen neuen Wohlstand“ (vgl. auch der Bericht der Opposition der
27 Projektgruppe 1; Kommissionsdrucksache 17(26)84). Solch ein Pfadwechsel ist gleichwohl von
28 Spannungen und Machtkonflikten durchzogen; die Unterschiede und Spannungen zwischen
29 unterschiedlichen Strategien müssen politisch aufgezeigt und bearbeitet werden. Historisch geht der
30 Begriff der Großen Transformation von Karl Polanyi aus, der damit vor allem die „Entbettung“ der
31 Wirtschaft aus gesellschaftlichen Bindungen beschreibt (vgl. Sondervotum zu Kapitel 7.1.4). Die
32 „Marktgemeinschaft“ löst danach schwere Erschütterungen und Verteilungskonflikte aus.

33 Der Begriff der Transformation gewinnt seit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 neu
34 an Bedeutung. Einerseits wird der Begriff *beschreibend* oder – wenn zudem Ursachen und Treiber
35 genannt werden – *analytisch* verwendet.² Ausgegangen wird in der Regel von
36 Problembeschreibungen, die den unsrigen in den ersten sechs Kapiteln ähnlich sind: Dass das
37 gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in dieser Form nicht zukunftsfähig ist.³ Allerdings
38 war bei Polanyi die Ausgangslage anders, ihm ging es in erster Linie um eine soziale Einbindung mit
39 Hilfe des Sozialstaates.

40 Andererseits, und das macht den Begriff bis heute so schillernd, werden *strategische* Vorschläge
41 gemacht, in die immer auch *normative* Annahmen eingehen. Der Wissenschaftliche Beirat globale
42 Umweltveränderung (WBGU) etwa argumentiert für eine „Große Transformation“ hin zu einer
43 klimafreundlichen Gesellschaft durch einen globalen Gesellschaftsvertrag und einen proaktiven Staat,
44 einer Verstärkung des Wertewandels sowie von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pionieren.⁴
45 Die wirtschafts- und sozialpolitische Abteilung der Vereinten Nationen DESA spricht von einer

¹ Der Begriff wurde von Alfred Crosby geprägt in seiner breit rezipierten historischen Studie „Ecological Imperialism: The Biological Expansion of Europe, 900-1900“, Cambridge 1986; später weiterentwickelt etwa durch Driessen, Paul: Eco-Imperialism. Green Power, Black Death. Bellevue 2003 und im Anschluß an die Invasion der USA in den Irak von Foster, John Bellamy/Clark, Brett: Ecological Imperialism: The Curse of Capitalism (in: Socialist Register 2004). Zur aktuellen Debatte: Journal of Peasant Studies “New Frontiers of land control” (38/4 von 2011).

² Haberl, H./Fischer-Kowalski, M./Krausmann, F./Martinez-Alier, J./Winiwarter, V.: A sociometabolic transition towards sustainability? Challenges for another Great Transformation, Sustainable Development 19, 2009, 1-14; UNEP: Assessing the Environmental Impacts of Consumption and Production: Priority Products and Materials. Nairobi, UNEP 2010; World Bank: The Changing Wealth of Nations: Measuring Sustainable Development in the New Millennium. Washington DC: The World Bank 2011.

³ Mitunter wird darauf hingewiesen, dass die menschliche Gesellschaft sich global immer noch in einer Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft befindet (Krausmann et al. 2009).

⁴ WBGU, „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, Berlin, 2011

46 „großen grünen technologischen Transformation“, die OECD in diesem Zusammenhang von einem
47 neuen Paradigma des „grünen Wachstums“, das UN-Umweltprogramm UNEP und die New
48 Economics Foundation von einer Großen Transformation der Ökonomie, Müller und Strasser
49 skizzieren die Konturen einer „Transformation 3.0“.⁵ Teile der Debatten um einen Grünen New Deal
50 sind genauso in diesem Feld zu verorten wie jene um Grünen Sozialismus.⁶ Dazu kommt eine rasch
51 wachsende Anzahl von wissenschaftlichen Beiträgen.⁷

52 Auch die Enquete-Kommission betont in diesem Kapitel die *strategische* und damit *normative*
53 Dimension. Sozial-ökologische Fragen, so die Annahme, werden in den Politiken zur Bearbeitung der
54 Krise eine Rolle spielen. Denn es handelt sich nicht lediglich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise,
55 sondern um eine multiple Krise und darauf muss eine politische Antwort gefunden werden. Doch die
56 Krisenstrategien und -politiken sind eben sehr verschieden (und nicht trennscharf voneinander zu
57 trennen).

58 Mit dem Begriff der *sozial-ökologischen Transformation* werden jene Strategien gefasst, die auf eine
59 bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht
60 zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme
61 mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert.⁸ Wie im Adjektiv „sozial-ökologisch“
62 angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer
63 Verhältnisse zu den geologischen, bio-physikalischen Lebensgrundlagen.

64 Dieser Gestaltungsansatz orientiert sich einerseits an der Bewertung unserer Epoche als Anthropozän
65 und andererseits am demokratischen, gerechten und solidarischen Umbau hin zu einer nachhaltigen
66 Produktions- und Lebensweise, wobei die Prinzipien auf die eigene Gesellschaft, auf Europa und die
67 Welt bezogen sind. Entsprechend geht es ebenfalls um den Abbau von sozialen Ungleichheiten sowie
68 um die Umverteilung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Macht hin zu mehr
69 Gerechtigkeit, insbesondere für die schwächeren Bevölkerungsgruppen. Die Einhegung des
70 kapitalistischen Marktes und der Dominanz des Profitprinzips über eine Ausweitung des Öffentlichen
71 und – wo es sinnvoll ist – des Staates, über die Stärkung öffentlicher, genossenschaftlicher sowie
72 solidarischer Ökonomie, die insgesamt die ökologische Tragfähigkeit der Erde beachten, sind
73 Bestandteile einer solchen Transformation.

⁵ DESA: The Great Green Technological Transformation, New York 2011; OECD: Towards Green Growth. Paris 2011; UNEP: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi 2011; NEF – New Economics Foundation: The Great Transition. London 2010; Müller, M. / J. Strasser. Transformation 3.0. Berlin 2011.

⁶ Heinrich Böll Stiftung (Hrsg., 2009): Auf dem Weg zu einem Green New Deal, Band 3 der Reihe Ökologie; Deutscher Frauenrat (Hrsg., 2011): Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus?, Heft 5; zu Grünem Sozialismus vgl. Ausgabe der Zeitschrift „LuXemburg“ 3/2012; BMU (2008): Ökologische Industriepolitik. Nachhaltige Politik für Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Berlin.

⁷ Gunderson, L., Folke, C.: Resilience 2011. Leading Transformational Change. In: Ecology and Society 16(2), 2011, 30 (online); Adler, F., Schachtschneider, U.: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München 2010; Brangsch, L., Dellheim, J., Spangenberg, J.H., Wolf, F.O.: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. Berlin 2012; Westley, F. et al.: Tipping Toward Sustainability. Emerging Pathways of Transformation. In: AMBIO 40(7), 2011: 762–780; Raskin, P.D. et al.: The Century Ahead: Searching for Sustainability. In: Sustainability 2, 2010, 2626–2651, Brand, U.: Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: Journal für Entwicklungspolitik 28(3), 2012, 118–137.

⁸ Vgl. etwa Institut Solidarische Moderne (2011): Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. www.solidarische-moderne.de; Plan B der Linken <https://www.plan-b-mitmachen.de/>; Bündnis 90/Die Grünen (2011): Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Der Grüne New Deal. KIEL/November; SPD (2011) „Neuer Fortschritt und mehr Demokratie“, Postdam; DGB, 19. Bundeskongress, Mai 2010, Beschluss Antrag A 013 „Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit: Wir brauchen einen ‚Green New Deal!‘“

74 Progressive gesellschaftliche Kräfte wie NGOs, Gewerkschaften und weitere soziale Bewegungen
75 spielen eine wichtige Rolle als „Transformationsakteure“. Das bedeutet auch, politisch bewusst gegen
76 Transformationshindernisse und unerwünschte Verschiebungen (Stichwort carbon leakage)
77 anzugehen.

78 Die erneute *Große*, nun *sozial-ökologische Transformation der Moderne* macht die Ausweitung von
79 Demokratie und Partizipation und eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
80 unverzichtbar, um die sozialen und emanzipatorischen Versprechen der europäischen Moderne
81 einzulösen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Das ist eine gewaltige Herausforderung
82 an unser Verständnis von Freiheit, Vernunft und Verantwortung und an die Fähigkeit, Wirtschaft und
83 Technik sozial-ökologisch zu gestalten, national, europäisch und weltweit. Die wichtigste
84 programmatische Grundlage ist dafür seit dem Erdgipfel der Vereinten Nationen von 1992 die Leitidee
85 der Nachhaltigkeit.

86 Auf der inhaltlichen Ebene geht es um eine andere Ressourcen- und Energiebasis der Gesellschaft
87 sowie um inter- und intragenerative Gerechtigkeit, welche die ökologische Tragfähigkeit beachtet. Das
88 wurde in der Arbeit der Projektgruppe besonders deutlich. Es geht aber auch um die Neubewertung
89 und Reorganisation von Arbeit, um andere Produktions- und Konsummuster, eine andere Verteilung
90 des gesellschaftlichen Reichtums, veränderte Dynamiken von Innovation und Effizienz, Konsistenz
91 und Suffizienz. Damit wird eine attraktive Produktions- und Lebensweise denk- und realisierbar.
92 Diese Orientierung und Einsatzpunkte sind nicht abstrakt als „Verzicht“ zu verstehen, wiewohl mehr
93 Lebensqualität für alle ohne Zweifel auch Grenzen (caps) zum Beispiel im Umweltverbrauch
94 erfordert. Gesellschaftspolitische Gestaltung bedeutet auch, gesellschaftlichen Wertewandel
95 voranzutreiben oder ihn – wo er in die gewünschte Richtung stattfindet – abzusichern.

96 Dafür, das zeigen die Einsichten der ersten sechs Kapitel, bedarf es eines erweiterten
97 Wohlstandbegriffs. Einen Wohlstand, der sich an der sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen
98 Produktion und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen orientiert, aber auch an den vielen
99 gesellschaftlichen Tätigkeiten und Beziehungen, die nicht für den Markt produziert werden und
100 dennoch für individuelle Lebensqualität und gesellschaftlichen Wohlstand zentral sind: Die
101 Sorgearbeit für andere Menschen, solidarische Nachbarschaftlichkeit und Partnerschaft, vielfältige
102 freiwillige Tätigkeiten, die Eigenproduktion von Lebensmitteln. Die Kommission ist sich dessen
103 bewusst, dass es bei den einzelnen Strategien durchaus Differenzen gibt: Beispielsweise hinsichtlich
104 der konkreten Ausgestaltung der Mobilitätssysteme, wobei der massive Handlungsbedarf angesichts
105 von Peak Oil unbestritten ist. Konsens ist wohl, dass von Menschen nicht erwünschte Mobilität über
106 andere Raumplanung reduziert bzw. vermieden wird. Es gibt jedoch Positionen, für die Automobilität
107 mit starken Anteilen von erneuerbaren Kraftstoffen oder Elektromotoren wichtig bleibt; andere
108 Positionen wollen den sehr viel weitergehenden Umbau der Mobilitätssysteme weg von dominanter
109 Automobilität hin zu starkem öffentlichem und kollektivem Verkehr. Von ähnlicher Tragweite ist die
110 Einschätzung einer Energiewende. Der Umbau des Energiesystems muss dezentral ausgerichtet sein
111 und von daher mit der heutigen Verbundwirtschaft brechen.

112 Auszudiskutieren innerhalb eines gesellschaftspolitischen Spektrums, das sich an einer sozial-
113 ökologischen Transformation orientiert, wird zudem sein, inwieweit es einer stärkeren politischen
114 Regulierung des Weltmarktes und insbesondere der Ressourcenströme kommen muss und welche
115 Chancen für eine „Regionalisierung“ der Weltwirtschaft bestehen, in der ein nachhaltiges Europa eine
116 gestaltende Rolle einnehmen kann. Und auch die Notwendigkeit einer hohen Transparenz und
117 stärkeren Demokratisierung der Investitionsfunktionen, die angesichts der aktuellen Dominanz des
118 globalen Arbitragekapitalismus und der Rolle der Finanzmärkte dringend erforderlich sind, sind noch
119 auszudiskutierende Punkte.

120 Offen ist weiterhin der Umgang mit der Wachstumsproblematik bzw. mit den Zwängen
121 kapitalistischen Wachstums. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf sinkende Wachstumsraten⁹. Diese
122 haben Implikationen für die Gestaltung und Verteilung von Erwerbsarbeit, üben Druck auf Gewinne
123 und eventuell auf Investitionen aus und münden in einer anderen Gestaltung der sozialen
124 Sicherungssysteme.

125 Immer wieder ist zu hören: „Das hört sich ja ganz gut an, aber wer soll das machen?“ Es gibt
126 angesichts der Komplexität der Probleme und der Pluralität der Vorschläge und Forderungen keinen
127 privilegierten Akteur, kein historisches Subjekt. Es geht deshalb darum, Initiativen und Strategien
128 sozial-ökologischer Transformationen auf allen Ebenen, also innerhalb der Nationalstaaten, auf
129 europäischer Ebene *und* auf der transnationalen Ebene anzustoßen. Diese verstärken sich im besten
130 Fall gegenseitig: Sie setzen auf progressive Politik, Unternehmer, Verbände und Gewerkschaften,
131 NGOs und soziale Bewegungen, Wissenschaft und Bildung und auf andere, die sich als Teil sozial-
132 ökologischer Veränderungen verstehen. Hier bedarf es der Interessensbündnisse ohne falsche
133 Frontstellungen und der Klärung von Partizipationsmöglichkeiten im Sinne direkter Demokratie auf
134 allen Ebenen.

135 Im Hinblick auf die *transnationale* Ebene ist es eine dramatische Reduktion der Realitäten
136 internationaler Politik – die auch in der Enquete-Kommission vorherrscht -, wenn diese mit dem
137 Zusammenhandeln von Regierungen gleichgesetzt wird. Schon das jährlich in Davos stattfindende
138 Weltwirtschaftsforum, neoliberale Think tanks, die politische Einflussnahme von transnationalen
139 Unternehmen und ihren Verbänden, aber auch das Agieren von NGOs, sozialen Bewegungen oder
140 Gewerkschaften zeigen, dass transnationale Politik viel mehr ist als multilaterales und die Summe von
141 bilateralem Regierungshandeln.

142 Und so sehr politische Öffentlichkeit bislang weitgehend nationalstaatlich und entlang sprachlicher
143 Grenzen strukturiert ist, so sehr bilden sich auch transnationale, bislang weitgehend angelsächsisch
144 dominierte Öffentlichkeiten heraus, die für die Begründung nachhaltiger und nicht-nachhaltiger
145 Entwicklungen wichtig sind.

146 Staatliche Politik und internationale politische Kooperation sind wichtig und hier müssen progressive
147 Strategien gestärkt werden. Sie sind aber nur ein Element und müssen sich als Teil sozial-ökologischer
148 Transformationen verstehen.

⁹ Hier sei auf das Sondervotum der Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur Projektgruppe 1 "Stellenwert von Wachstum in Wirtschafts und Gesellschaft verwiesen